



Info Dienst Nr. 15 / 09. Juli 2010

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

die abgelaufene Sitzungswoche war die letzte vor der Sommerpause. Nach einem Regierungsversagen in Serie, das jetzt neun Monate andauert, nach fortgesetzter Entscheidungsunfähigkeit bei nahezu allen wichtigen politischen Fragen und nach einem Misstrauensvotum gegen Kanzlerin Angela Merkel bei der Bundespräsidentenwahl, taumelt die schwarz-gelbe Regierungskoalition in die Ferien.

Wenn man sich die zurückliegenden Monate noch einmal anschaut und vergleicht, was Schwarz-Gelb im Wahlkampf versprochen, im Koalitionsvertrag angekündigt und was die Regierung tatsächlich geliefert hat, stößt man auf viele Enttäuschungen. Die Steuersenkungen wurden nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen beerdigt. Stattdessen steigt die Steuerlast. Vor allem aber werden Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr belastet durch steigende Abgaben und Gebühren. Statt „Mehr Brutto vom Netto“, heißt es nun „Weniger Netto“. Nun hat die Regierung Zeit durch zu atmen, ob es hilft bezweifele ich.

Die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages ist am 13. September. Über meine Aktivitäten können Sie sich auf meiner Homepage unter [www.oliver-kaczmarek.de](http://www.oliver-kaczmarek.de) informieren.

Schöne Ferien

Oliver Kaczmarek

---

Die Themen:

1. Gesundheitspolitik der Bundesregierung: Kopfpauschale durch die Hintertür
2. Für eine Brennelementesteuer ohne Laufzeitverlängerung
3. Engagement in Afghanistan kritisch betrachten
4. Gemeinsam neue Wege gehen: Koalitionsvertrag in NRW
5. Bericht des Beirats für nachhaltige Entwicklung
6. Im Blickpunkt
7. Wohltätigkeitskonzert der Deutschen Kinderkrebshilfe in Unna am 09. September

### **1. Gesundheitspolitik der Bundesregierung: Kopfpauschale durch die Hintertür**

Monatelang war die Gesundheitspolitik von der Untätigkeit der Bundesregierung gekennzeichnet. Es sollte eigentlich der Weg in ein robustes Gesundheitssystem beschritten werden, „das nicht alle zwei drei Jahre reformiert werden muss“. Es sollte besser und dabei nicht teurer werden. „Die Versicherten werden keine höheren Beiträge zahlen“ hatte Minister Rösler versprochen. Selbst sein Schicksal als Gesundheitsminister machte er vom Erfolg seines Kopfpauschalenmodells

abhängig. Jetzt wurde offenkundig, dass Rösler nach nur neun Monaten im Amt komplett gescheitert ist. Statt einer großen Reform präsentiert er eine Beitragssatzanhebung. Die Mär von „Mehr Netto vom Brutto“, die die FDP den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf versprach, wird ein weiteres Mal als Nettolüge entblößt. Denn die Gesundheitspolitik von Schwarz-Gelb kommt die gesetzlich Versicherten teuer zu stehen.

Es sollte eine einkommensunabhängige Kopfpauschale mit automatischem, steuerfinanziertem Sozialausgleich eingeführt werden. Die Gesundheitskosten sollten von den Lohnkosten abgekoppelt und der Arbeitgeberanteil eingefroren werden. Eine Regierungskommission sollte dieses neue Gesundheitssystem entwickeln. Offenbar bestand der Auftrag dieser Kommission darin, unattraktive Beschlüsse vor der NRW-Wahl zu verhindern. Mit Hilfe einer zweiten Koalitionsverhandlungsgruppe wurde auch noch die Zeit bis zur Bundespräsidentenwahl tatenlos vergeudet. Bei all diesen Verzögerungen wurde ein steigendes Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) verbunden mit Zusatzbeiträgen und drohenden Kasseninsolvenzen bewusst in Kauf genommen.

Von Röslers Plänen ist nichts übrig geblieben. Minister und Koalition verkaufen jetzt die Erhöhung des Beitragssatzes von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent als Gesundheitsreform. Davon zahlen die Arbeitnehmer/innen künftig 8,2 Prozent und die Arbeitgeber 7,3 Prozent. Für diese Operation hätte eine schlichte Verordnung durch die Bundesregierung ausgereicht, die kurzfristig hätte umgesetzt werden können. Der Arbeitgeberanteil wird dauerhaft eingefroren. Der einst auf Druck der SPD eingeführte Ein-Prozent-Deckel bei den Zusatzbeiträgen entfällt. Die Kassen dürfen jetzt Kopfpauschalen in beliebiger Höhe erheben.

Aber das ist noch nicht alles. Das Bundesversicherungsamt (BVA) soll jedes Jahr anhand des Kassendefizits eine durchschnittliche Kopfpauschale berechnen. Übersteigt diese vom BVA festgelegte Kopfpauschale zwei Prozent des individuellen sozialversicherungspflichtigen Einkommens, wird sie angeblich sozial ausgeglichen. Erhebt eine Kasse eine höhere Kopfpauschale, als die vom BVA berechnete, muss der/die Versicherte auch noch diesen Mehrbetrag alleine und ohne jeden Ausgleich bezahlen. Auf jeden Fall wird durch dieses höchst komplizierte, fehler- und missbrauchsanfällige Verfahren ein aberwitziger Verwaltungsaufwand erzeugt. Die Folgen sind: Mehr Bürokratie und weniger Mittel für die Versorgung der Patientinnen und Patienten.

Das heißt zusammengefasst: alle künftigen Steigerungen der Gesundheitskosten bleiben allein bei den Versicherten hängen. Insbesondere Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner zahlen die Zeche von Herrn Rösler. Die Abwicklung des sogenannten Sozialausgleichs wird Arbeitgebern und Rentenversicherung aufs Auge gedrückt. Wie viel Steuergeld für diesen Pseudo-Sozialausgleich nötig ist und vor allem woher diese Mittel kommen sollen, das alles bleibt offen.

## **2. Für eine Brennelementesteuer ohne Laufzeitverlängerung**

Von zentraler energiepolitischer Bedeutung ist die Einführung einer Brennelementesteuer. Sie beseitigt ein ungerechtfertigtes Privileg der Atomkraft. Während die Strompreise für den Verbraucher durch den CO<sub>2</sub>-Emissionsrechtehandel steigen, bleiben die Kernkraftbetreiber von den Kosten der spezifischen Risiken und Lasten der Atomkraft verschont. Sie fahren daher jedes Jahr erhebliche Mitnahmegewinne ein, die von Experten auf 3,4 Milliarden Euro geschätzt werden.

Außerdem soll die Atomwirtschaft an den Kosten des Bundes für die Stilllegung und den Rückbau kerntechnischer Anlagen einschließlich der Endlagerung radioaktiver Abfälle angemessen beteiligt werden. Dies hat mit der Frage einer Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken nichts zu tun. In der Debatte forderten wir deshalb von der Bundesregierung, unverzüglich ein Gesetz vorzulegen, das zum 1. Januar 2011 eine Verbrauchssteuer auf die Spaltung von Kernbrennstoffen einführt. So lange die Atomkraftwerke laufen, muss sichergestellt sein, dass die Betreiber an den Kosten und Schäden, die sie einschließlich der Endlagerung von Atommüll verursachen, angemessen beteiligt werden. Wir fordern außerdem: Kein Ausstieg aus dem Atomausstieg. Der im

Atomkonsens mit den Energieversorgungsunternehmen vor zehn Jahren erreichte Durchbruch darf nicht in Frage gestellt werden. Für eine Verlängerung der Laufzeiten gibt es keine Mehrheit in Deutschland.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/024/1702410.pdf>

Meine Rede dazu finden Sie unter:  
[http://webtv.bundestag.de/iptv/player/macros/v\\_f\\_514\\_de/od\\_player.html?singleton=true&content=687534](http://webtv.bundestag.de/iptv/player/macros/v_f_514_de/od_player.html?singleton=true&content=687534)

### **3. Engagement in Afghanistan kritisch betrachten**

Anlässlich der internationalen Konferenz in Kabul am 20. Juli fand am 9. Juli im Bundestag eine Regierungserklärung durch Außenminister Westerwelle statt. In der anschließenden Debatte kritisierten die Redner der SPD-Bundestagsfraktion den Außenminister und die Bundesregierung, dem Bundestag eine offene und kritische Bilanz der Lage in Afghanistan seit dem 26. Februar vorzuenthalten. Im Februar hatte der Bundestag der Fortsetzung des deutschen Einsatzes in Afghanistan auf Basis einer neuen Strategie der internationalen Gemeinschaft zugestimmt.

Die Strategie der Londoner-Konferenz Anfang 2010 sieht Folgendes vor:

- Konzentration auf die Ausbildung von Soldaten und Polizisten
- Entwicklung eines Stufenplans zur Übertragung der Verantwortung in afghanische Hände
- Verdopplung des zivilen Engagements zum Aufbau des Landes
- Verbesserung der Regierungsführung in Afghanistan
- verstärkte Unterstützung des Versöhnungsprozesses in Afghanistan

Die Regierungserklärung von Westerwelle hat ausgespart, dass die Lage in Afghanistan seit Februar weiterhin sehr fragil ist und von einer Vielzahl von Überfällen überschattet wurde. Bislang hat die neue Strategie keine Verbesserung der Sicherheit am Hindukusch gebracht. 150.000 Soldaten der internationalen Gemeinschaft sind aktuell im Einsatz. Der Juni ist mit 102 Toten der Monat mit den meisten Toten gewesen. Des Weiteren kritisiert die SPD-Fraktion, dass Westerwelle mit keiner Silbe auf die bevorstehenden Veränderungen in Afghanistan eingegangen ist. Denn Canada, Großbritannien und die Niederlande beginnen demnächst, ihre Truppen zurück zu holen. Und auch die USA werden ab 2011 ihre Soldaten abziehen. Die Offensive in Kandahar zur Stabilisierung der dortigen Lage sei immer wieder verschoben worden. Fünf Ministerposten in der Regierung Karsai seien immer noch nicht besetzt. Und zudem berichte die Presse darüber, dass Gelder aus Afghanistan nach Dubai geschafft würden. Es sei auch schwer vorstellbar, wie auf der internationalen Konferenz in Kabul mit 76 Delegationen der Forderung der Afghanischen Zivilgesellschaft, die Ergebnisse der Friedenschirga auf die Tagesordnung zu setzen, entsprochen werden kann. Dies alles zeige, dass eine kritische Bilanz angezeigt ist.

Die SPD-Abgeordneten sprachen sich noch einmal für den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion aus, den Einsatz in Afghanistan unabhängig, wissenschaftlich und kontinuierlich begleiten zu lassen und jeweils Konsequenzen daraus abzuleiten. Bundesregierung und Parlament bräuchten belastbare Informationen, um die richtigen Entscheidungen getroffen werden können.

Nähere Informationen zum Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie im Info-Dienst Nr. 12

### **4. Gemeinsam neue Wege gehen: Koalitionsvertrag in NRW**

Am Dienstag dieser Wochen hat die NRW SPD gemeinsam mit den Grünen den Koalitionsvertrag für die nächste Legislaturperiode vorgelegt.

Das Programm umfasst 88 Seiten. Am Wochenende wird es auf Parteitag diskutiert und soll verabschiedet werden. Geplant ist, dass die Regierung weiterhin aus zehn Ministerien besteht.

Drei davon sollen von den Grünen geführt werden. Hannelore Kraft stellt sich am 14. Juli zur Wahl der Ministerpräsidentin. Die Fraktionschefin und Verhandlungsführerin der Grünen, Sylvia Löhrmann, soll Bildungsministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin werden.

Neben dem Schulministerium erhalten die Grünen das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie ein neu zugeschnittenes Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter. Neben dem Amt der Ministerpräsidentin erhält die SPD die Ministerien für Finanzen, Inneres, Justiz, Wirtschaft, Wissenschaft Arbeit und Integration sowie Familie, Jugend und Kultur. Auch der Chef der Staatskanzlei soll von einem Vertreter der SPD gestellt werden. Die Minister will Hannelore Kraft nach ihrer Wahl zur Ministerpräsidentin ernennen.

Kernvereinbarungen des Koalitionsvertrages sind:

- Bildungspolitik: Die Studiengebühren wird Rot-Grün zum Wintersemester 2011/12 abschaffen. Bis 2015 sollen rund ein Drittel der weiterführenden Schulen in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden. Die Gymnasien sollen sich bis zum Beginn des Anmeldetermins für das Schuljahr 2011/2012 entscheiden können, ob sie das Abitur nach zwölf oder 13 Jahren anbieten wollen.
- Kindergarten: Das letzte Kindergartenjahr soll beitragsfrei werden.
- Energiepolitik: Rot-Grün will keine neuen Kohlekraftwerke mehr bauen. Zur Zukunft der Steinkohle hält das Bündnis fest, dass am Steinkohlefinanzierungsgesetz nicht gerüttelt wird. Der Anteil der Windkraft an der Stromversorgung soll bis zum Jahr 2020 von derzeit drei auf mindestens 15 Prozent erhöht werden. Zur Kernkraft heißt es: "Wir stehen zum Atomausstieg und werden alles tun, um Laufzeitverlängerungen zu verhindern."
- Kommunal Finanzen: "Die neue Landesregierung wird zügig eine Konsolidierungshilfe für die durch Altschulden besonders belasteten Gemeinden gewährleisten", heißt es. Kraft hatte für das kommende Jahr Hilfen von insgesamt 650 Millionen Euro angekündigt.
- Wahlen: Die Stichwahl bei der Wahl von Bürgermeistern soll wieder eingeführt, die Hürden bei Bürgerbegehren gesenkt werden. Bei Landtagswahlen soll das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden.
- Verkehr: Im öffentlichen Nahverkehr soll das Land Sozialtickets bezuschussen.

SPD und Grüne haben in den letzten Wochen vertrauensvoll und in guter Atmosphäre zusammengearbeitet. Dieses Miteinander ist für beide Parteien eine wichtige Grundlage für das Regierungsbündnis. Es geht darum, die gescheiterte und abgewählte Politik von CDU/FDP der letzten fünf Jahre rückgängig zu machen und auch auf Bundesebene im Bundesrat unsinnige Projekte der schwarz-gelben Bundesregierung zu verhindern. SPD und Grüne haben ein klares Angebot an die anderen Parteien gemacht und sie zur Zusammenarbeit eingeladen. Denn auch CDU und FDP müssen nach der Wahlniederlage vom 9. Mai erkennen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen eine andere Politik wollen.

Den Koalitionsvertrag der rot-grünen Landesregierung finden Sie unter:

<http://www.nrwspd.de/meldungen/1/86952/Gemeinsam-neue-Wege-gehen-Koalitionsvertrag-2010---2015-zwischen-der-NRWSPD-und-Buendnis-90--Die-Gruenen-NRW.html>

## **5. Bericht des Beirats für nachhaltige Entwicklung**

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat sich am 21. Januar 2010 konstituiert, nachdem der Bundestag am 17. Dezember 2009 seine Einsetzung beschlossen hatte. Der Beirat hat 22 Mitglieder: neun von CDU/CSU, fünf von der SPD, je drei von der FDP und der Linken sowie zwei Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen. Vorsitzender ist Andreas Jung (CDU/CSU), Stellvertreterin Gabriele Lösekrug-Möller (SPD). Der Beirat soll die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und die europäische Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch begleiten und Empfehlungen abgeben.

Den Bericht des Beirats für nachhaltige Entwicklung finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/125/1612560.pdf>

## 6. Im Blickpunkt:

### **Menschenhandel bekämpfen und den Opferschutz stärken**

Die Europäische Kommission hat einen Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel und zum Opferschutz vorgelegt. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt ausdrücklich, die Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel zu verbessern. Allerdings gibt es noch weitere Ansätze und Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel. Opferschutz und Prävention sollen sowohl auf der Ebene der Europäischen Union als auch der der Mitgliedstaaten noch stärker betont und einen Schwerpunkt der künftigen Richtlinie bilden.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/023/1702344.pdf>

### **Schutz vor Kostenfallen im Internet**

Verbraucherinnen und Verbraucher werden nicht ausreichend vor bestimmten Kostenfallen im Internet geschützt. Über Anzeigen auf Suchmaschinen locken unseriöse Unternehmen Internetnutzerinnen und -nutzer auf ihre Seiten. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher rechnen dort nicht damit, für Dienste oder Software zahlen zu müssen, die es im Internet im Normalfall kostenlos gibt. In gutem Glauben geben sie ihren Namen und ihre Adresse für eine vermeintliche Kunden-Registrierung an – und haben ein teures Abo oder einen kostenpflichtigen Zugang abgeschlossen. Aus diesem Grund legt die SPD-Fraktion einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Verbraucherschutzes vor. Mit einer Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches soll eine so genannte „Button-Lösung“ für Vertragsabschlüsse im Internet eingeführt werden. Danach wird ein im Internet geschlossener Vertrag nur dann wirksam, wenn die Verbraucherin oder der Verbraucher einen gesonderten, besonders hervorgehobenen Hinweis („Button“) auf den Preis erhält und diesen durch Anklicken bestätigt hat. So wird Kostentransparenz im Internet gewährleistet und unseriösen Anbietern erschwert, Verbraucherinnen und Verbraucher durch unklare oder versteckte Preisangaben in Kostenfallen zu locken.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/024/1702409.pdf>

## 7. Wohltätigkeitskonzert der Deutschen Kinderkrebshilfe in Unna am 09. September

Unter dem Titel „Gemeinsam krebserkrankten Kindern Hoffnung schenken“ laden Monika und Dieter Rebbert unter der Schirmherrschaft der Deutschen Kinderkrebshilfe zu einem Wohltätigkeitskonzert in Unna ein.

Das Ehepaar engagiert sich seit bereits zehn Jahren für die Deutsche Kinderkrebshilfe. Seit Beginn ihres Engagements haben sie bereits über 90.000 Euro durch verschiedene Aktionen für die Krebsforschung und die Pflege krebserkrankter Kinder gesammelt. Das jährliche Wohltätigkeitskonzert stellt einen Schwerpunkt ihrer Arbeit dar. In einem persönlichen Gespräch mit den Eheleuten Rebbert konnte ich mich über deren großes Engagement informieren. Aufgrund der zeitgleich stattfindenden Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion in Magdeburg kann ich leider nicht selbst an dem Konzert, das ich Ihnen sehr ans Herz lege, teilnehmen. Sie können sicher sein, mit einem Konzertbesuch nicht nur gute Musik zu erleben, sondern auch unmittelbar und ohne Umwege eine rundweg gute Sache zu unterstützen.

In diesem Jahr konnten sie das Luftwaffenmusikkorps 3 aus Münster gewinnen. **Das Konzert findet statt am 09. September 2010 um 20 Uhr in der Erich-Göpfert-Stadthalle in Unna.** Die Eintrittskarten kosten im Vorverkauf 15 Euro und an der Abendkasse 17 Euro. Sie sind erhältlich bei allen Geschäftsstellen des Hellweger Anzeigers.